

FRANKREICH: ZWISCHEN ANSPRUCH UND KRISE

Nino Galetti

„La France est en guerre“ – „Frankreich befindet sich im Krieg“. Mit diesen Worten eröffnete Präsident François Hollande am 16. November seine Rede vor dem Kongress, der gemeinsamen Sitzung von *Assemblée Nationale* und *Sénat*. Drei Tage zuvor waren 130 Menschen bei Terroranschlägen in Paris ermordet und mehrere Hundert verletzt worden. Die Terroranschläge vom 13. November 2015 haben die politische Agenda Frankreichs verändert. Das Thema Sicherheit hat die bisherige Kritik an der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Sozialisten in den öffentlichen Debatten abgelöst. Sicherheit sei nunmehr wichtiger als wirtschaftliche Stabilität, verkündete Präsident Hollande. Gleichwohl steht Deutschlands engster Partner vor großen ökonomischen Herausforderungen: Die Staatsschulden steigen, die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

Der Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 hat Frankreich weniger getroffen als Länder wie Spanien, Irland oder Griechenland – aber doch sehr viel stärker als Deutschland. Zwar nimmt Frankreich als eine der bedeutendsten Industrienationen der Welt eine führende politische und wirtschaftliche Stellung auf internationaler Ebene ein. Das Land jenseits des Rheins verfügt über zahlreiche Unternehmen, die in ihren Branchen – etwa Energie, Luft- und Raumfahrt oder Pharmazie – zu den Weltmarktführern gehören. Jedoch ist die globale Stellung französischer Unternehmen in den vergangenen Jahren schwächer geworden. Die Marktanteile französischer Produkte sind rückläufig. In manchen Bereichen hat sich der Weltmarktanteil des Landes seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren halbiert. Auf den wachsenden Märkten dieser Welt ist Frankreich nur unterdurchschnittlich vertreten.



Dr. Nino Galetti ist Leiter des Auslandsbüros Frankreich der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Auswirkungen der Finanzkrise und ausbleibende, längst überfällige Strukturreformen haben diese Entwicklung in den vergangenen Jahren verstärkt. Frankreich gerät gegenüber Deutschland immer stärker ins Hintertreffen.

WIRTSCHAFT IN DER KRISE

Seit Ausbruch der Finanzkrise ist die Staatsverschuldung von 65 Prozent auf 94 Prozent gestiegen. Das Defizit des Landes liegt kontinuierlich bei vier bis fünf Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts und damit weit über den gemäß den Maastrichter Kriterien zulässigen drei Prozent. Statt – wie ursprünglich noch von Präsident Nicolas Sarkozy vorgesehen – im Jahr 2013 wollte die französische Regierung unter Führung der Sozialisten das Defizit zunächst 2015, schließlich 2017 unter die Drei-Prozent-Marke bringen. Bei seiner Ansprache vor dem Kongress, drei Tage nach den Anschlägen vom 13. November 2015, gab Präsident Hollande auch dieses Ziel auf: nun sei Sicherheit wichtiger als wirtschaftliche Stabilität. Die Bekämpfung der Terroristen kostet Geld. Geld, das Frankreich derzeit nicht im Überfluss hat.



Auf den Barrikaden: Französische Pharmazeuten protestierten im September 2014 wie hier in Nantes gegen Pläne der Regierung zur Deregulierung des Apothekenmarkts. | Quelle: © Stephane Mahe, Reuters.

Das Wirtschaftswachstum liegt konstant bei knapp über Null. Während in Deutschland so viele Menschen wie noch nie zuvor einen Arbeitsplatz haben, haben die verschiedenen Beschäftigungsprogramme der französischen Regierung in den vergangenen Jahren

keine spürbare Belebung des Arbeitsmarktes bewirkt. Mehr als 3,5 Millionen Menschen waren im Sommer 2015 arbeitslos, das sind über zehn Prozent aller Beschäftigten. Damit ist die Quote gegenwärtig fast doppelt so hoch wie in Deutschland. Bei den unter 25 Jährigen liegt die Arbeitslosenquote sogar bei knapp 25 Prozent.

Die französische Wirtschaft ist gegenwärtig nicht so dynamisch wie sie sein könnte: Noch zur Jahrtausendwende lagen die Lohnstückkosten in Frankreich unter denen Deutschlands. Heute liegen sie rund 20 Prozent darüber. Eine Ursache hierfür liegt in den vorgegebenen Rahmenbedingungen: die gesetzliche Wochenarbeitszeit liegt bei 35 Stunden. Der gesetzliche Mindestlohn ist mit 9,20 Euro pro Stunde vergleichsweise hoch. Die Löhne sind in den vergangenen Jahren schneller gestiegen als in den europäischen Nachbarländern. Die Steuerbelastung und die Sozialabgaben sind hoch, der Kündigungsschutz ist starr. Während sich die großen Unternehmen dieser Entwicklung durch die Verlagerung ihrer Produktion ins Ausland entziehen konnten, haben kleine und mittlere Unternehmen diese Möglichkeit nicht und sind administrativen und regulatorischen Hemmnissen ausgeliefert. Die Bereitschaft von Arbeitgebern, neue Mitarbeiter einzustellen, ist entsprechend gering. Dies alles führt dazu, dass Produkte „Made in France“ teurer sind und die Position Frankreichs auf den Weltmärkten schwächer wird.

Große Unternehmen konnten sich den hemmenden Rahmenbedingungen durch eine Produktionsverlagerung ins Ausland entziehen, kleine und mittlere Unternehmen können dies nicht.

Dass Frankreich auf diese Entwicklungen reagieren muss, ist offensichtlich. Bei der letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahl war es der Wunsch vieler Franzosen, dass das Land künftig mit ruhiger Hand regiert wird, die Wirtschaft gestärkt wird und das Sozialmodell erhalten bleibt. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben François Hollande und seine Sozialistische Partei 2012 die Wahlen gewonnen.

POLITIK IN DER KRISE

Seit Mai 2012 regiert François Hollande Frankreich. Zum Staatspräsidenten gewählt worden war er im zweiten Wahlgang mit einer knappen Mehrheit von 51,6 Prozent der Stimmen; unterstützt von einer Allianz von Sozialisten, Grünen und Kommunisten sowie von zahlreichen Wählern aus der Mitte, die eine zweite Amtszeit Nicolas Sarkozys verhindern wollten.

Im Wahlkampf hatte François Hollande das Bild vermittelt, die Krise in Frankreich und Europa sei vor allem eine Folge verfehlter Politik Präsident Sarkozys. Dessen Reform- und Sparpolitik habe die Krise verschärft, anstatt sie zu lösen, und das Wachstum behindert, statt es anzuregen. Hollandes Vorschlag: Der Staat dürfe in der gegenwärtigen Situation nicht sparen, sondern müsse durch umfangreiche, steuerfinanzierte Förder- und Beschäftigungsprogramme die Konjunktur ankurbeln.



Staatspräsident Hollande: Im Wahlkampf hatte er die Krise in Frankreich und Europa als Folge der verfehlten Politik seines Vorgängers Sarkozy kritisiert. | Quelle: © Philippe Wojazer, Reuters.

Gleich zu Beginn seiner Präsidentschaft setzte Hollande entsprechende Maßnahmen um: Er führte eine „Reichensteuer“ ein, bei der Einkommen ab einer Million Euro mit 75 Prozent besteuert wurden. Das Renteneintrittsalter senkte er von 62 auf 60 Jahre ab. Der Mindestlohn wurde erhöht. Die Abgabebefreiung auf Einkommen aus Überstunden wurde gestrichen. An das großzügige Sozialsystem, das starre Arbeitsrecht oder den aufgeblähten öffentlichen Dienst wagte sich der Präsident nicht heran.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSREGIERUNG ALS CHANCE?

In der Europapolitik vermittelte Präsident Hollande nach seiner Wahl im Mai 2012 lange nicht den Eindruck, mit eigenen Vorstellungen die Zukunft der Europäischen Union und der Eurozone mitzubestimmen, obwohl er sich im Wahlkampf als politischer Schüler des früheren Kommissionspräsidenten Jacques Delors bezeichnet

hatte. Zunächst führte er – vor allem aus einer innenpolitischen Motivation heraus – in Abgrenzung zu seinem Vorgänger Sarkozy das Wort gegen die maßgeblich von Deutschland betriebene Sparpolitik. Die Vorschriften zur Einhaltung eines ausgeglichenen Staatshaushalts wollte er neu aushandeln. Damit übernahm er die Rolle eines Gegenspielers von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Dies sorgte naturgemäß für Verstimmungen zwischen Paris und Berlin und belastete die deutsch-französischen Beziehungen gleich zu Beginn seiner Amtszeit über einen längeren Zeitraum hinweg.

Im Mai 2013 schlug Hollande die Schaffung einer Wirtschaftsregierung für die Eurozone als nächsten Schritt zur europäischen Einigung und zur politischen Union vor. Diese Forderung war keineswegs neu, sondern bereits während der Verhandlungen zur europäischen Gemeinschaftswährung im Rahmen des Maastrichter Vertrags von den Franzosen erhoben worden. Nach Beginn der Finanzkrise hatte Präsident Sarkozy die Idee wieder aufgegriffen. Nun schlug Hollande vor, dass ein hauptamtlicher, gewählter Präsident gemeinsam mit einem monatlich zusammenkommenden Kabinett die Konjunktur-, Steuer- und Sozialpolitik der Euro-Staaten koordinieren sollte. Eine eigene Parlamentskammer in Ergänzung zum bestehenden Europäischen Parlament solle die legislative Kontrolle wahrnehmen.

Im Mai 2013 schlug Präsident Hollande die Schaffung einer Wirtschaftsregierung für die Eurozone als nächsten Schritt zur europäischen Einigung und zur politischen Union vor.

Ziel des Vorschlags war es, mit einer solchen „Wirtschaftsregierung“ die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der einzelnen EU-Staaten zu harmonisieren. Das Gemeinschaftsprinzip fände Anwendung auf einen Politikbereich, der nach Einführung des Euro sinnvollerweise gemeinschaftlich zu regeln sei. Neben stringenten wirtschaftspolitischen Maßnahmen könnte eine Wirtschaftsregierung auch die Arbeitslosigkeit in Europa gezielt bekämpfen.

Daneben wäre eine solche „Wirtschaftsregierung“ aber auch ein politisches Gegengewicht zur unabhängigen und supranational strukturierten Europäischen Zentralbank (EZB). Über eine solche Institution könnten die Regierungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten ihre politische Entscheidungsmacht stärken. Im Klartext bedeutet dies jedoch, dass eine solche Wirtschaftsregierung über ihre Gestaltungshoheit auch eine Weisungsbefugnis gegenüber der EZB und den Regierungen der Eurozone haben würde. An beidem haben zahlreiche Staaten, darunter insbesondere die

Bundesrepublik Deutschland, kein Interesse. Das war auch der Grund, warum vor allem die deutsche Bundesregierung sehr zurückhaltend auf den Vorschlag reagierte.

Aufgrund des mangelnden Widerhalls dieser Idee bei den europäischen Partnern schaffte es Präsident Hollande mit seinem ambitionierten Vorschlag nicht, einen nachhaltigen eigenen Impuls zu setzen. Gleichzeitig wurde es immer offensichtlicher, dass die wirtschaftspolitischen Konzepte Hollandes und seiner Regierung nicht wirken und Frankreichs Wirtschaft im Gegensatz etwa zur deutschen Wirtschaft lahmt. Ob bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder beim Schuldenabbau: In Deutschland läuft es derzeit besser.

Die starke Stellung Deutschlands birgt aber auch die Gefahr, dass die Rolle Frankreichs geringer wird. Das sorgt in gewisser Weise auch für Frustration, da Frankreich sich traditionell in einer Führungsrolle innerhalb Europas sowie als Bindeglied zwischen Süd- und Nordeuropa sieht. Dennoch hat sich der französische Präsident nicht dazu hinreißen lassen, innerhalb der Europäischen Union ein von Frankreich angeführtes südeuropäisches Gegengewicht zu dem von Deutschland angeführten Nordosten zu bilden. Auch die Anregung des neu gewählten griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras zu Beginn des Jahres 2015, eine solche Achse gegen Berlin zu schmieden, hat Hollande abgelehnt. In Paris besteht kein Zweifel daran, dass enge deutsch-französische Beziehungen Grundlage für eine erfolgreiche Europäische Union sind.

In Paris besteht kein Zweifel daran, dass enge deutsch-französische Beziehungen Grundlage für eine erfolgreiche Europäische Union sind.

Nicht immer empfindet man aber in Frankreich das harte, mitunter starre Auftreten Deutschlands als hilfreich. Nicht wenige Franzosen wünschen sich eine größere Kompromissbereitschaft von der deutschen Bundesregierung. Dies brach zuletzt im Juli 2015 hervor, als im Rahmen der Verhandlungen zu einem Verbleib Griechenlands im gemeinsamen Euro-Raum namhafte französische Politiker das Verhalten Deutschlands öffentlich scharf kritisierten. Auch fast 15 Jahre nach Einführung der gemeinsamen Währung ist das Verständnis der Finanzpolitik diesseits und jenseits des Rheins unterschiedlich geblieben. Insbesondere bei den Linken innerhalb der regierenden *Parti Socialiste* ist die Idee nach wie vor populär, den Akzent auf Verteilungsgerechtigkeit und die Stärkung der Kaufkraft zu legen. Die weiter in der Mitte stehenden Sozialisten hingegen sind bereit, die Wettbewerbsfähigkeit der französischen

Wirtschaft zu stärken. Die Regierungspartei ist gespalten in zwei Lager, deren Ansätze für die Überwindung der Krise nicht gegensätzlicher sein könnten. Der Präsident fährt zwischen diesen Strömungen Schlangenlinien und scheint stets bemüht zu sein, beide Flügel seiner Sozialistischen Partei zu befriedigen.

DER FRANZÖSISCHE SONDERWEG IN DER KRISE

Doch nicht nur die Sozialisten, viele Franzosen sehen die Ursachen für die aktuellen wirtschaftlichen Probleme des Landes weniger in eigenen Versäumnissen, sondern eher in externen Faktoren. Gerne wird die Globalisierung im Allgemeinen oder die vor allem von der deutschen Bundesregierung eingeforderte strikte Sparpolitik innerhalb der Eurozone im Besonderen für die aktuellen Schwierigkeiten in Frankreich und zahlreichen Staaten der Europäischen Union verantwortlich gemacht. Der Idee, dass eine Verschlankung von Strukturen und eine Stärkung des freien Unternehmertums zur Bewältigung der Krise beitragen könnten, stehen viele Franzosen eher skeptisch gegenüber. In der Tradition des Etatismus ist in Frankreich die Meinung weit verbreitet, dass der Staat eine aktive Rolle in der Wirtschaft einnehmen darf und sich für entsprechende Eingriffe nicht zu rechtfertigen braucht.

Mit seinem Modell einer sozial eingehetzten und staatlich beeinflussten Marktwirtschaft, sozusagen mit einem „Kapitalismus à la française“, ist Frankreich über Jahrzehnte hinweg sehr gut gefahren. Die Bereitschaft, etwas zu verändern, was so lange so gut funktioniert hat, ist bekanntlich nicht nur jenseits des Rheins gering.

Noch stärker als in Deutschland werden die Folgen der Globalisierung – auf Französisch *mondialisation* genannt – als Gefahr begriffen. Aber nicht nur die Sozialisten, auch weite Teile der Bürgerlichen sehen in einer Lockerung der Sparpolitik und in einem langsameren Schuldenabbau sowie in staatlichen Förder- und Wachstumsprogrammen einen möglichen Lösungsweg. Weit verbreitet ist sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite des politischen Spektrums vor allem die Ansicht, Frankreich könne auf der Grundlage seines bisherigen Wirtschafts- und Sozialmodells einen „Sonderweg“ einschlagen und sich auf diese Weise den Folgen der Globalisierung entziehen.

Dabei hat die neben Deutschland größte Volkswirtschaft innerhalb der Europäischen Union zweifellos das Potenzial, die Krise zu bewältigen. Die Infrastruktur gehört zu den besten der Welt, die Menschen sind sehr gut ausgebildet und offen für technische Innovationen. Doch hat Präsident Hollande seinen politischen Sieg vom Mai 2012 nicht in eine Aufbruchsstimmung verwandeln können, von der auch die lahrende Wirtschaft profitiert hätte. Im Gegenteil: Die Zahlen bleiben schlecht, während die Bewunderung für den Nachbarn jenseits des Rheins immer größer wird. Dies gilt für die gegenwärtige Innovations- und Wirtschaftskraft Deutschlands, die Reformbereitschaft, den Umgang mit aktuellen Herausforderungen (etwa der Aufnahme von Flüchtlingen) sowie nicht zuletzt für den Führungsstil und die Persönlichkeit der Bundeskanzlerin.



Angela Merkel in Paris: Die Bewunderung der Franzosen für Deutschland ist in den letzten Jahren größer geworden. Dazu tragen auch der Führungsstil und die Persönlichkeit der Bundeskanzlerin bei. | Quelle: © Philippe Wojazer, Reuters.

Trotz der konsequenten Umsetzung seiner Wahlversprechen und die vielfache Rücksichtnahme auf die unterschiedlichen Befindlichkeiten in seiner Partei hat der Präsident die Sympathien in der Bevölkerung rasch verspielt. Von kurzzeitigen Ausreißern abgesehen lagen die Zustimmungswerte zu seiner Politik lange bei unter 20 Prozent. Nach den Anschlägen vom 13. November hat sich die Beliebtheit des Präsidenten auf über 40 Prozent verdoppelt.

LES RÉPUBLICAINS – OPPOSITION IN DER KRISE

Eigentlich müsste es in dieser Situation für die bürgerlich-konservative Opposition ein Leichtes sein, aus der Zerrissenheit der *Parti Socialiste* sowie der schwachen Performance von Präsident und Regierung Kapital zu schlagen; aber die *Union pour un mouvement populaire* (UMP), die sich im Mai 2015 den Namen *Les Républicains* gegeben hat, scheint weiterhin im Wesentlichen mit sich selbst beschäftigt zu sein. Nach der Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 und bei den Parlamentswahlen im Juni 2012 versank die Partei über Monate hinweg in internen Streitereien. Im Dezember 2014 kehrte der frühere Präsident Nicolas Sarkozy an die Parteispitze zurück. Unter der neuen Führung des alten Präsidenten scheint sich die Partei derzeit zu konsolidieren. Der Hauptvorwurf an Präsident und Regierung lautet: mangelnde Führung. Viel zu häufig würden François Hollande, sein Premierminister Manuel Valls und die Regierung die natürliche Führungsrolle Frankreichs in Europa nicht wahrnehmen. Viel zu häufig werde diese Aufgabe der deutschen Regierung überlassen. Ob im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, der Schuldenkrise in Griechenland oder der Aufnahme von Flüchtlingen – stets sei es die deutsche Bundeskanzlerin gewesen, die Führung auf europäischer Ebene wahrgenommen habe; stets sei es der französische Präsident gewesen, der ideenlos und ohne eigene Impulse zu den europäischen Gipfeltreffen gereist sei.

Im Dezember 2014 kehrte Sarkozy an die Parteispitze zurück. Unter der Führung des alten Präsidenten scheint sich die Partei derzeit zu konsolidieren.

Indes sind inhaltliche Ideen und Impulse auch in den Reihen der *Républicains* rar. Zumal die Franzosen nicht vergessen haben, dass die Partei von 1995 bis 2012 nicht nur den Präsidenten, sondern in diesem Zeitraum immerhin auch zwölf Jahre lang (1995 bis 1997 und 2002 bis 2012) die Regierung gestellt hat. Die heutige wirtschaftliche und politische Situation Frankreichs ist nicht allein das Produkt der Regierungszeit von Präsident Hollande.

Zwar ist die französische Politik in dieser Zeit nicht untätig gewesen. Viele Projekte wurden jedoch nicht konsequent umgesetzt, da der Widerstand von Verbänden und Interessengruppen sowie der Wunsch nach der Bewahrung von Besitzständen in Frankreich auch in der Regierungszeit der Bürgerlichen schon groß waren. Die Ankündigungen der verantwortlichen Politiker entsprachen am Ende häufig nicht den Ergebnissen. Viele Franzosen erinnern sich vor allem an den polarisierenden Stil und den hektischen

Aktionismus während der Präsidentschaft Nicolas Sarkozys. Nostalgie ist kein Gefühl, das die Mehrheit der Franzosen mit den Präsidentschaften von Nicolas Sarkozy oder Jacques Chirac verbinden.

Die schlechte Stimmung in der Bevölkerung, die Schwäche der Regierung und die Zerstrittenheit der *Républicains* führen dazu, dass der *Front National* in den letzten Jahren erheblichen Zuspruch erhalten hat. Dessen Vorsitzende Marine Le Pen ist es gelungen, das Image dieser rechtsextremistischen Protestpartei allmählich zu verändern, sich als junge und unverbrauchte Kraft darzustellen und die Partei auf diese Weise für neue Zielgruppen wählbar zu machen. Freilich bekommt dieser Versuch immer wieder Risse: etwa wenn sich Marine Le Pens Vater, der frühere Vorsitzende Jean-Marie Le Pen, mit antisemitischen, rassistischen oder homophoben Sprüchen zu Wort meldet oder wenn bekannt wird, dass der *Front National* Gelder aus Russland entgegengenommen hat. Dennoch hat die Partei es geschafft, aus den Europawahlen 2014 mit knapp 25 Prozent der Stimmen als stärkste Kraft hervorzugehen. Freilich ist nicht jeder Wähler der Partei extremistisch, vielfach waren die Wahl und deren Resultat Ausdruck einer Proteststimmung.

IDENTITÄT IN DER KRISE

Frankreich sieht sich nach wie vor als europäische Führungsmacht, die die europäische Einigung mit Ideen und Impulsen voranbringt.

Diese diffuse Proteststimmung richtet sich auch zu einem nicht geringen Teil gegen die Europäische Union. Frankreich sieht sich nach wie vor als europäische Führungsmacht,

die die europäische Einigung mit Ideen und Impulsen voranbringt. Deutschland ist für Frankreich aufgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Größe und Bedeutung einer der wichtigsten Partner. Aber die Rahmenbedingungen in Europa und in den deutsch-französischen Beziehungen haben sich in den vergangenen 25 Jahren seit dem Fall des Eisernen Vorhangs verändert. Deutschland hat seit der Wiedervereinigung eine größere Bevölkerung und eine stärkere Wirtschaft. Frankreich ist nicht mehr das zentrale Land in einer Gemeinschaft mit zwölf Mitgliedern, deren geografischer Mittelpunkt und wirtschaftlicher Schwerpunkt auf einer Linie zwischen London und Mailand entlang des Rheins verlief und deren regelmäßiger Treffpunkt Straßburg, eine Stadt mit französischer und deutscher Geschichte, unbestritten im Zentrum lag. Heute ist Frankreich ein großes Land in einer Gemeinschaft mit 28 Mitgliedern, deren geografischer Mittelpunkt nach Osten

gerutscht ist: Das Land findet sich heute am westlichen Rand der Europäischen Union wieder.

Die seit dem Fall des Eisernen Vorhangs stärker gewordene Globalisierung hat den Vormarsch der englischen Sprache begünstigt und der Verbreitung des Französischen nicht genutzt. Zwar wird noch in zahlreichen Ländern Afrikas Französisch gesprochen. Jedoch gehören die französischsprachigen Staaten Afrikas bisher nicht zu den Ländern, die sich durch Wachstum und eine dynamische Entwicklung hervorheben: in Südafrika, Nigeria oder Kenia wird Englisch gesprochen. Auch in Syrien – immerhin von 1920 bis 1946 unter französischer Verwaltung stehend – ist Französisch nurmehr eine Sprache der Bildungselite. **Als im Sommer 2015 Zehntausende Syrer nach Mitteleuropa kamen, ging der große Strom der Flüchtlinge an Frankreich vorbei.** Als im Sommer 2015 Zehntausende syrische Bürger nach Mitteleuropa kamen, ging der große Strom der Flüchtlinge an Frankreich vorbei. Bis Ende September 2015 waren es weniger als 1.000 Syrer, die Asyl in Frankreich beantragt hatten. Als Grund, das Asyl in Frankreich zu beantragen, gaben die meisten an, dass sie Verwandte, Freunde oder aber berufliche Kontakte in dem Land hätten. Schon wird in öffentlich die Frage gestellt, warum Frankreich gegenwärtig kein Zielland der Migranten ist.

Diese Entwicklung führt nicht gerade dazu, dass die Identifikation der Franzosen mit Europa gestärkt wird. Von der europäischen Einigung versprach sich Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Verlust des Kolonialreichs eine Möglichkeit, den eigenen internationalen Führungsanspruch zu bewahren und gemeinsam mit den übrigen (west-)europäischen Staaten Einfluss auf die globalen politischen Entwicklungen zu nehmen. Dieses Versprechen muss indes eingelöst werden. Für jeden Wähler müssen die Vorzüge der europäischen Einigung erkennbar sein, zumal auch in Frankreich die öffentliche Debatte stärker als in Deutschland davon geprägt ist, dass es der Nationalstaat allein besser schaffen würde, den Herausforderungen zu Beginn des Jahrtausends zu begegnen.

Die Anschläge auf die Redaktion der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* und auf einen jüdischen Supermarkt im Januar 2015 sowie die Terroranschläge vom 13. November 2015 haben die Identitätskrise Frankreichs offenbart. Neben der französischen Integrationspolitik steht der Platz des Islams, das Konzept des Laizismus, also die strikte Trennung zwischen staatlichen und religiösen Angelegenheiten, und damit das gesamte Modell der

französischen Republik in Frage. Nach den Anschlägen steht die Politik vor der Aufgabe, jungen Muslimen die gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten und der Gefahr ihrer Radikalisierung zu begegnen. Die ohnehin hohe Jugendarbeitslosigkeit ist bei jungen Menschen, deren Familien aus Afrika kommen, doppelt so hoch und liegt bei über 40 Prozent. Frustration und Resignation sind ein guter Nährboden für eine Ersatzidentität, die muslimische Jugendliche immer häufiger in fundamentalistisch geprägten Formen ihrer Religion finden.



„Même pas peur“: Blumen und Kerzen an der Place de la République. Viele Franzosen lassen sich durch die Anschläge vom November 2015 nicht einschüchtern. | Quelle: © Eric Gaillard, Reuters.

Aus dem laizistischen Grundverständnis Frankreichs heraus wurde eine öffentliche Diskussion über die Rolle von Religion über Jahrzehnte hinweg vermieden. Die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, die wachsende Präsenz von Bürgern muslimischen Glaubens, deren Eltern und Großeltern aus Afrika oder dem Nahen Osten stammen, führt in weiten Teilen der französischen Gesellschaft zu Verunsicherung. Der Satz „Der Islam gehört zu Frankreich“ würde genauso in die Kritik geraten, wie dies in Deutschland der Fall ist. Gleichzeitig ist aber unbestritten, dass Frankreich ein Einwanderungsland ist. Es gilt das *ius soli*: Jedes Kind, das in Frankreich geboren wird, ist Franzose.

SICHERHEITSPOLITISCHE PROFILIERUNG ALS CHANCE?

Allein im außen- und sicherheitspolitischen Bereich tritt Frankreich – an seine lange Tradition als Großmacht anknüpfend – souverän auf. Hollande nutzt in diesem Politikfeld die Chancen, die das Amt des französischen Staatspräsidenten mit sich bringt. So hat Hollande 2013 in Mali und jüngst in Syrien die machtpolitischen Optionen und die militärischen Möglichkeiten Frankreichs sehr bewusst genutzt. Nach den Terrorangriffen vom 13. November 2015 hat Hollande die Luftangriffe auf Syrien verstärkt und die Initiative ergriffen, eine internationale Koalition gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ zu schmieden. Gemeinsam mit der deutschen Bundeskanzlerin hatte er ab 2014 das Normandie-Format zur Beilegung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine entwickelt und bislang durchaus erfolgreich weitergeführt. Im Vorfeld der vom 30. November bis 13. Dezember stattgefundenen Weltklimakonferenz COP21 verstand es der Präsident, sich als weltpolitischer Akteur zu präsentieren und die Gastgeberrolle Frankreichs in die Tradition der großen internationalen Konferenzen der Vergangenheit zu stellen. Es deutet einiges darauf hin, dass es die Strategie des Élysées ist, François Hollande als Staatsmann, Klimaretter und Friedensstifter – und seit den Anschlägen auch als Kriegsherrn mit menschlichem Antlitz – zu positionieren und auf diese Weise seine ausbleibenden Erfolge im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu kaschieren.

Einiges deutet darauf hin, dass François Hollande als Staatsmann, Klimaretter und Friedensstifter positioniert werden soll, um seine ausbleibenden Erfolge in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu kaschieren.

Doch einen Krieg zu führen kostet Geld. Frankreich hatte bereits vor den Terroranschlägen vom 13. November 2015 regelmäßig darauf hingewiesen, dass es mit seinem globalen Engagement im Kampf gegen den islamistischen Terror eine wichtige und kostspielige Aufgabe für die Sicherheit aller EU-Staaten übernehme. Nicht umsonst hat der Präsident nach den Anschlägen die übrigen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Beistandsklausel aus dem EU-Vertrag (Art. 42 Abs. 7 EUV) um Unterstützung gebeten. Damit war nicht ausschließlich und in erster Linie militärischer Beistand gemeint, sondern auch eine finanzielle Entlastung. Die dahinter stehende Idee ist, dass Frankreichs militärisches Engagement und die hiermit zusammenhängenden Kosten im Staatshaushalt künftig aus dem Defizit Frankreichs herausgerechnet werden.

FAZIT

Die 2008 ausgebrochene Finanzkrise hat Frankreich geschwächt. Die Regierungen hatten bisher nicht den Mut und die Kraft, die notwendigen Reformen anzustoßen. Bis zu den Terroranschlägen vom 13. November 2015 waren rund 80 Prozent der Franzosen mit der Arbeit von François Hollande und seiner Regierung unzufrieden. Bei den Europawahlen im Mai 2014 erhielt die Regierungspartei lediglich knapp 14 Prozent der Stimmen.

Die Berufung von Manuel Valls zum Premierminister im März 2014 und die Entlassung des linksorientierten Wirtschaftsministers Arnaud Montebourg im August 2014 haben gezeigt, dass Präsident Hollande inzwischen bereit ist, einen klareren Spar- und Reformkurs als bisher einzuschlagen. Entsprechend hat die französische Regierung im August 2014 ein Sparprogramm aufgelegt, das bis 2017 Einsparungen in Höhe von 50 Milliarden Euro vorsieht. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Maßnahmen auf das öffentliche Defizit auswirken werden.

Zweifelhaft ist, ob der Präsident für die notwendigen Reformmaßnahmen die Unterstützung seiner Partei hat. Die Fraktion der *Parti Socialiste* verfügt in der *Assemblée Nationale* über eine Mehrheit. Bei den Haushaltsabstimmungen im Herbst 2014 kam die Regierungsvorlage jedoch nur mit der Unterstützung der Grünen durch. Immerhin 37 Abgeordnete der Sozialisten enthielten sich ihrer

Es ist fraglich, ob in der verbleibenden Amtszeit Hollandes große Entscheidungen im Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Reformen zu erwarten sind.

Stimme. Für Hollande und seinen Premierminister Valls bleibt es schwierig, Reformvorhaben durchzusetzen. Alle Maßnahmen müssen mit den *frondeurs*, der linken Opposition innerhalb der Regierungspartei, abgestimmt

werden. Daher ist es auch fraglich, ob in den verbleibenden anderthalb Jahren der Amtszeit des Präsidenten große Entscheidungen im Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Reformen zu erwarten sind. François Hollande hat sein persönliches politisches Schicksal mit dem Erfolg seiner Politik verknüpft: Mehrfach wiederholte er, dass er für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung stehe, wenn die Arbeitslosigkeit nicht sinken und das Wirtschaftswachstum nicht steigen werde. Aber die Terroranschläge haben gezeigt, dass sich nicht alles nur um die Wirtschaft dreht. Frankreich befindet sich derzeit im Ausnahmezustand. Der Präsident hat vor dem Kongress ausgerufen: „La France est en guerre“ – Frankreich befindet sich im Krieg. Ob er 2017 nochmals antreten wird, lässt Hollande derzeit noch offen. Auch deshalb steht bereits

heute die Diskussion um die Präsidentschaftswahl im Mai 2017 so stark im Fokus der Öffentlichkeit. Gemäß den aktuellen Umfragen wird es der Präsident bei den Wahlen im Mai 2017 nicht in die zweite Runde schaffen, sondern abgeschlagen auf dem dritten Platz landen. In der ersten Runde wird voraussichtlich Marine Le Pen von der *Front National* die meisten Stimmen erhalten, gefolgt vom Kandidaten der *Républicains*. Auch diese Aussicht hebt die Stimmung der Franzosen nicht.